

2. Sitzung
am Mittwoch, dem 22. Juli 2015

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 12

Fragestunde

- 1. Anpassung der konsumtiven Mittel für den Ganztagschulbetrieb an die Tarifentwicklung**
Anfrage der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 8. Juli 2015 12
- 2. Zukunft der Bewohnerinnen/Bewohner Am Sacksdamm, Holsteiner Straße 165 - 205 A, Reihersiedlung 1- 67**
Anfrage der Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 9. Juli 2015 13
- 3. Bis wann werden zu viel gezahlte Kita-Gebühren zurückgezahlt?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015 14
- 4. Umsetzung des MOBS am Ortsamt Osterholz**
Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015 15

Aktuelle Stunde 16

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Einsetzung eines städtischen Haushalts- und Finanzausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/9 S) 16

Wahl der Mitglieder des städtischen Petitionsausschusses

Einsetzung eines städtischen Petitionsausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/10 S) 17

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der übrigen noch einzusetzenden ständigen Ausschüsse im Sinne des Artikels 105 Absatz 1 Satz 1 der bremischen Landesverfassung

Einsetzung eines städtischen Rechnungsprüfungsausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/11 S)

Einsetzung eines Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache 19/12 S) 17

Wahl der Mitglieder der städtischen Deputationen

Einsetzung der städtischen Deputationen
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP
vom 22. Juli 2015
(Drucksache 19/13 S)..... 18

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Umweltbetrieb Bremen“	18
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“	18
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“	19
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „KiTa Bremen“	19
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Werkstatt Bremen“	19
Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2015 (Drucksache 19/4 S)	19
Anhebung des Schwellenwertes bei der Errichtung von Flüchtlingsunter- künften bezüglich Kapitel 2.6 der Richtlinien zum Verkauf von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus dem Jahr 2008 Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015 (Drucksache 19/6 S)	19
Kita-Gebühren für die Streikzeit zeitnah und unbürokratisch zurückzahlen! Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015 (Drucksache 19/7 S)	
Abg. Frau Ahrens (CDU)	20
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	21
Abg. Frau Krümpfer (SPD)	22
Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)	24
Abg. Frau Kohlrausch (FDP)	25
Abg. Schäfer (BBR)	25
Senatorin Dr. Bogedan	26
Abg. Frau Ahrens (CDU)	26
Abg. Leidreiter (BBR)	28

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)	28
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	28
Abstimmung	30

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Erlanson.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dogan****Schriftführer Tuncel****Schriftführer Zicht**_____
Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Professor Dr. Quante-Brandt (SPD)Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)Senatorin für Kinder und Bildung **Dr. Bogedan** (SPD)
_____Staatsrat **Ehmke** (Senator für Inneres)Staatsrat **Pietrzok** (Senatorin für Kinder und Bildung)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.41 Uhr.

Präsident Weber: Die 2. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich sehr herzlich eine internationale Frauengruppe aus Gröpelingen. - Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 15.00 Uhr, entnehmen können.

Diesem Umdruck können Sie auch die Eingänge gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 16, Amtsvormünder nicht überfordern, ausreichend Stellen schaffen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/8 S, und die Tagesordnungspunkte 17 bis 21, hierbei handelt es sich um Dringlichkeitsanträge zur Einsetzung von 12 Gremien.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Jugendliche Flüchtlinge brauchen auch weiterhin gesellschaftliche Akzeptanz
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Juni 2015
2. Schließung der Unfallchirurgie am Klinikum Bremen-Ost
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21. Juli 2015

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, die Tagesordnungspunkte 12, Neubildung eines Jugendhilfeausschusses, und 16, Amtsvormünder nicht überfordern, ausreichend Stellen schaffen, für die Juli-Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen vier frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Anpassung der konsumtiven Mittel für den Ganztagsbetrieb an die Tarifentwicklung**“. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie haben sich in den letzten vier Jahren die Ansätze der konsumtiven Mittel für den Ganztagsbetrieb entwickelt, bezogen auf die einzelnen Schulen?

Zweitens: Inwieweit plant der Senat, die konsumtiven Mittel für den Ganztagsbetrieb an die Tarifentwicklung anzupassen?

Drittens: Welche Informationen hat der Senat dazu, inwieweit Schulen den Ganztagsbetrieb bereits eingeschränkt haben oder Einschränkungen planen, da sie die bisher eingesetzten Kapazitäten aufgrund der Tarifanpassung nicht mehr aufrechterhalten können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die konsumtiven Mittel für Ganztagschulen - Personalkosten, Mittagessenzuschüsse, Lehr- und Lernmittel - haben sich im Zeitraum 2011 bis 2014 deutlich erhöht. Sie betragen im Jahr 2011 rund 11,8 Millionen Euro, im Jahr 2012 rund 12,9 Millionen Euro, im Jahr 2013 rund 13,5 Millionen Euro und im Jahr 2014 rund 14,1 Millionen Euro. Eine Darstellung der Kosten

bezogen auf einzelne Schulen ist nicht möglich, da die Zuweisung bezogen auf das Personal in Stunden erfolgt.

Zu Frage 2: Die konsumtiven Zuweisungen für Personal an den Ganztagschulen wurden bisher den Tariferhöhungen angepasst. Inwieweit die Tariferhöhung sich auch in den Anschlägen 2016 und 2017 widerspiegeln wird, wird im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.

Zu Frage 3: Dem Senat liegen keine Erkenntnisse vor, dass aufgrund der Tariferhöhungen der Ganztagsbetrieb an Schulen eingeschränkt werden musste. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Abgeordnete Vogt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Frau Senatorin, mich wundert ein bisschen Ihre Antwort auf die dritte Frage, da sich mittlerweile mindestens vier Oberschulen öffentlich zu Wort gemeldet und gesagt haben, sie könnten ihr Angebot über die Stadteilschule oder über Schulvereine nicht mehr aufrechterhalten, weil die Mittel, die für die Ganztagsbetreuung zur Verfügung stünden, nicht mehr gewährleisten, dass die Beschäftigten über die Stadteilschule oder über Schulvereine tarifgerecht bezahlt werden. Ist Ihnen nicht bekannt, dass Oberschulen öffentlich mitgeteilt haben, dass sie im kommenden Schuljahr nicht mehr alle Angebote aufrechterhalten können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Dr. Bogedan: Die Frage war ja, ob das aufgrund der Tariferhöhung der Fall ist. Das ist tatsächlich nicht der Fall, weil wir versuchen, die Tariferhöhung in den Zuwendungen abzubilden. In den letzten Jahren haben die Mittelzuweisungen für die Ganztagschulen variiert, insbesondere auch aufgrund der Einführung der Ganztagschulordnung, sodass die Veränderungen bei den Zuweisungen nicht auf die Tariferhöhung zurückzuführen sind.

Präsident Weber: Frau Vogt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Vogt (DIE LINKE): Auch wenn ich andere Informationen habe, können Sie mir dann trotzdem sagen, aus welchen Gründen die Zuweisungen an die Schulen im konsumtiven Bereich nicht ausreichen, damit der Ganztagsbetrieb in der bisherigen Art und Weise für das kommende Schuljahr aufrechterhalten werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Dr. Bogedan: Ich kann Ihnen dazu aktuell keine Information geben, offensichtlich wissen Sie mehr als ich. Die Informationen müssen zusammengetragen werden, und dann werde ich Ihnen gern Ihre Frage in der Deputation beantworten. Uns liegen im Moment keine derartigen Erkenntnisse vor.

Präsident Weber: Frau Vogt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Nein, danke! Ich werde das dann in der Bildungsdeputation noch einmal nachfragen!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Zukunft der Bewohnerinnen/Bewohner Am Sacksdamm, Holsteiner Straße 165 - 205 A, Reihersiedlung 1 - 67**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Bernhard, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Bernhard!

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Perspektive verfolgt der Senat für die Bewohnerinnen/Bewohner der Siedlungen Am Sacksdamm/Alte Landwehr, in der Holsteiner Straße und in der Reihersiedlung, die Teil der von der Deutschen Annington erworbenen Bestände sind und die jetzt abgerissen werden sollen?

Zweitens: Welche Schritte hat der Senat unternommen, seit ihm der beabsichtigte Abriss angezeigt wurde?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, einerseits diese sozialhistorisch bedeutsamen Baubestände zu erhalten, andererseits aber den Bewohnerinnen/Bewohnern eine Verbesserung ihrer dortigen Wohnsituation zu verschaffen, ohne ihnen die Kosten einer Sanierung aufzubürden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr führt zusammen mit dem Sozialressort und der Senatskanzlei regelmäßige Gespräche mit der Deutschen Annington, um Absprachen über den Umgang mit deren Beständen zu tref-

fen. Es ist verabredet, dass die dort jetzt wohnenden Mieterinnen und Mieter bis auf Weiteres in ihren Wohnungen bleiben können. Die Deutsche Annington wird ihnen geeigneten Ersatzwohnraum anbieten, sobald die Termine für die Abrisse feststehen.

Zu Frage 2: Nachdem die Deutsche Annington den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über ihre Abrisspläne informiert hat, wurden Gespräche über die Neustrukturierung der Flächen mit dem Ziel aufgenommen, ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu schaffen und attraktive und zukunftsfähige Wohnquartiere mit stabilen Bewohnerstrukturen zu entwickeln. Art und Umfang der zukünftigen Wohnbebauung stehen noch nicht fest. Es ist noch nicht bekannt, wann die Abrisse erfolgen sollen.

Zu Frage 3: Der Senat sieht keine Möglichkeit, diese Bestände gegen den Willen des Eigentümers zu erhalten. Für die genannten Standorte hat die Deutsche Annington festgestellt, dass eine Instandsetzung beziehungsweise notwendige Modernisierung wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Sie will die Anlagen daher abreißen.

Der Senat wird sich im Rahmen der Gespräche mit der Deutschen Annington dafür einsetzen, dass auf den neuen Bauflächen bezahlbarer Wohnraum entsteht. Dort, wo die Schaffung neuen Planungsrechts nötig ist, soll auch über die 25-Prozent-Quote hinaus für die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner ein ausreichendes Angebot von Sozialwohnungen geschaffen werden, damit ein Verbleib im Quartier möglich ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Bernhard, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE): Habe ich Sie richtig verstanden, dass der Zeitplan nicht feststeht, das heißt, „bis auf Weiteres“ ist nicht definiert?

(Senator Dr. Lohse: Ja!)

Dann wüsste ich gern, ob denn in irgendeiner Weise gewährleistet ist, dass die Menschen, die dort jetzt wohnen, adäquaten Wohnraum zugewiesen bekommen, den sie sich auch leisten können.

Senator Dr. Lohse: Die Deutsche Annington hat zugesagt, dass sie den Mieterinnen und Mietern Ersatzwohnraum anbieten will. Darüber sind wir auch mit der Deutschen Annington im Gespräch, und ich gehe davon aus, dass sie diese Zusage auch einhalten wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE): Das heißt also, unter dem Strich gehen Sie nicht davon aus, dass beispielsweise Am Sacksdamm die aktuelle Wohnbebauung in irgendeiner Weise geschützt werden kann, sondern sozusagen dem Abriss anheimfallen wird? Sie sehen also keine Möglichkeit, dass in irgendeiner Art und Weise beispielsweise Milieuschutzverordnungen greifen könnten?

Senator Dr. Lohse: Nein, wir haben ein solches Instrument nicht. Man muss auch wirklich sagen, dass der Zustand dieser Wohngebäude heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt und es deswegen auch nicht wirklich sinnvoll erscheint, diese Bestände um jeden Preis zu erhalten. Mit einer Neuplanung kommen wir dann auch zu einer besseren Grundstücksausnutzung, können aus städtebaulicher Sicht auch Lärmbelastigungen besser verringern und so weiter. Es gibt also wirklich deutliche Verbesserungspotenziale, wenn man etwas macht. Davon abgesehen haben wir aber auch wirklich keine Handhabe.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage steht unter dem Betreff „**Bis wann werden zu viel gezahlte Kita-Gebühren zurückgezahlt?**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

Warum sind bis heute nur wenige Bescheide zur Rückerstattung der 2013, 2014 und 2015 zu viel gezahlten Kita-Gebühren verschickt worden?

Bis wann plant der Senat, den rund 20 000 betroffenen Eltern die rund 13 Millionen Euro zu viel gezahlten Kita-Gebühren zurückzuzahlen?

Welche Schwierigkeiten, die eine Rückzahlung verhindern, gibt es derzeit im Sozialressort und bei den Trägern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das selbst gesetzte Ziel für sämtliche Rückzahlungen war das Ende des Kinder-

gartenjahres, also der 31. Juli 2015. Bis dahin werden rund 80 Prozent aller Bescheide für Eltern mit Kindern in der Tagespflege verschickt sein und etwa 50 Prozent aller Bescheide für Eltern mit Kindern in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung. Die übrigen Bescheide werden im August und September erteilt. Grund für die Verzögerung ist, dass ein unerwartet hoher Anteil der Bescheide nicht automatisiert bearbeitet werden konnte, sondern nach Aktenlage von Hand für die Auszahlung vorbereitet werden musste. Ausgeklammert sind bei diesen Angaben Eltern in Elternvereinen, die die Erstattung aktiv beantragen müssen.

Zu Frage 2: Insgesamt können die letzten der tatsächlich circa 35 000 betroffenen Eltern voraussichtlich spätestens im Herbst mit den Erstattungen rechnen.

Zu Frage 3: Verhindert wird die Rückzahlung nur in Fällen, in denen Kinder nicht mehr in einer Einrichtung betreut werden. In diesen Fällen kann es vorkommen, dass die gespeicherten Adressen nicht mehr aktuell sind und die Bescheide als unzustellbar zurückkommen. Der Senat bemüht sich, die aktuellen Adressen der Eltern zu ermitteln. Eltern, deren Kinder in Elternvereinen betreut werden, müssen darüber hinaus einen Antrag stellen. Wenn sie dies versäumen, ist eine Zahlung ebenfalls nicht möglich. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Können Sie mir sagen, aus welchem Grund die Elternvereine jetzt Anträge stellen müssen und es dazu jetzt ein Antragsverfahren gibt? Ursprünglich war es ja anders geplant, und das ist auch der zuständigen Deputation und dem Jugendhilfeausschuss nicht mitgeteilt worden. Was sind die Gründe dafür?

Senatorin Dr. Bogedan: Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich mich nicht darauf beziehen kann, was vor meiner Zeit verabredet worden ist! Ich kann Ihnen nur die Gründe dafür sagen, warum es jetzt zu Komplikationen gekommen ist, weil tatsächlich die Zuständigkeit dezentral organisiert ist und die Behörde gar nicht über die notwendigen Daten und Informationen der betroffenen Personen verfügt, sodass man das hätte zentral organisieren können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Umsetzung des MOBS am Ortsamt Osterholz**“. Die Anfrage

trägt die Unterschriften der Abgeordneten Rohmeyer, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie ist der Stand der Einigung zur Einführung des Mobilen Bürgerservices, MOBS, am Ortsamt Osterholz zwischen dem Senat und dem Personalrat des Stadtamtes Bremen?

Wann wird den Bürgerinnen und Bürgern der MOBS am Ortsamt Osterholz zur Verfügung stehen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins und zwei: Der für Osterholz vorgesehene Mobile Bürgerservice wurde mit den Personalvertretungen intensiv erörtert. Eine Verständigung über die Wiedereinführung dieses Angebots konnte nicht erzielt werden.

Zur Gewährleistung eines verbesserten Bürgerservices ist vor allem beabsichtigt, Online-dienstleistungen auszubauen, für alle Standorte des Stadtamtes ein leistungsfähiges Terminmanagement mit dem Ziel kurzer Wartezeiten einzuführen sowie durch Einbindung des Bürgertelefons die telefonische Erreichbarkeit und Beratung zu optimieren. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Aus dieser dürren Antwort des Senats ergibt sich leider eine Reihe von Zusatzfragen, ich versuche einmal, sie so komprimiert wie möglich zu stellen.

Her Senator, Sie erinnern sich vielleicht, dass vor nicht allzu langer Zeit im monatlichen Wechsel der Kollege Fecker und ich zu diesem Thema Anfragen an den Senat gerichtet haben, die wechselweise von Ihnen und von Herrn Staatsrat Ehmke beantwortet wurden., Bei der letzten Anfrage zum MOBS in der Stadtbürgerschaft war der letzte Stand im März dieses Jahres, dass die Einführung kurz bevorstehe und man eine Einigung mit dem Personalrat des Stadtamtes erzielen würde, wofür es ja auch verschiedene Schritte gegeben hat, gegebenenfalls sollte dort zu-

sätzliches Personal zur Verfügung gestellt werden.

Können Sie mir erklären, welchen Sinneswandel es beim Senat und vielleicht auch bei Ihnen persönlich gegeben hat, dass statt des von Ihnen persönlich gegebenen Versprechens, den Mobilen Bürgerservice am Ortsamt Osterholz einzuführen, hier jetzt lapidar eine Serviceverbesserung des Stadtamtes Bremen dargestellt wurde?

Senator Mäurer: Erstens, versprochen haben wir überhaupt nichts,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Doch!)

wir haben gesagt, wir treten in Verhandlungen ein. Diese Verhandlungen sind gescheitert, weil die Forderungen des Personalrats in einer Größenordnung waren, die es für uns unverhältnismäßig machen, ein solches Angebot zu entwickeln. Es geht hier um sieben Stellen, die dafür bereitgestellt werden sollen, diese haben wir nicht.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Ich fürchte, Herr Präsident, die Antwort des Senators lässt nichts anderes zu! Herr Senator, Sie erinnern sich vielleicht an die Vereinbarung einer Koalition zwischen der SPD, Landesorganisation Bremen, und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bremen, aus dem Sommer 2011, in der die Einführung eines Mobilen Bürgerservices am Ortsamt Osterholz von der damals gebildeten Koalition versprochen und von Ihnen persönlich mündlich in Osterholz in den Jahren 2011 und 2012 wiederholt wurde. So viel zu dem Thema, Sie hätten nichts versprochen!

Wir haben noch im März über eineinhalb Stellen gesprochen. Können Sie mir sagen, wie Sie jetzt auf die von Ihnen genannten sieben Stellen kommen?

Senator Mäurer: Das ist das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Personalrat. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass eine Einführung gegenwärtig nicht zu realisieren ist, und wenn Sie einen Blick in die Koalitionsvereinbarung werfen, dann werden Sie auch feststellen, dass eine entsprechende Aussage darin auch nicht enthalten ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Herr Präsident, ich muss leider feststellen, dass der Senator auch in dieser Hinsicht sehr enttäuschend ist, und ich sehe von weiteren Fragen in diesem Moment erst einmal ab.

Präsident Weber: Mit Beantwortung dieser Anfrage ist Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Wir verbinden hiermit:

Einsetzung eines städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 21. Juli 2015 (Drucksache 19/9 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 19/9 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zu den Wahlvorschlägen. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte den Abgeordneten Eckhoff, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des städtischen Petitionsausschusses

Wir verbinden hiermit:

Einsetzung eines städtischen Petitionsausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP vom 21. Juli 2015 (Drucksache 19/10 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 19/10 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zu den Wahlvorschlägen. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte die Abgeordnete Frau Peters-Rehwinkel, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen!

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der übrigen noch einzusetzenden ständigen Ausschüsse im Sinne des Artikels 105 Absatz 1 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung

Wir verbinden hiermit:

Einsetzung eines städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 21. Juli 2015 (Drucksache 19/11 S)

und

Einsetzung eines Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP vom 21. Juli 2015 (Drucksache 19/12 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Anträgen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP mit den Drucksachen-Nummern 19/11 S und 19/12 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Anträgen zu.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zu den Wahlvorschlägen. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich bitte die Abgeordnete Frau Steiner, zur konstituierenden Sitzung des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses einzuladen.

Ich bitte den Abgeordneten Weigelt, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte einzuladen.

Wahl der Mitglieder der städtischen Deputationen

Wir verbinden hiermit:

**Einsetzung der städtischen Deputationen
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU,
Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
und der FDP
vom 22. Juli 2015
(Drucksache 19/13 S)**

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 19/13 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu den Wahlvorschlägen.

Ich gehe davon aus, dass für die Deputationen keine Abgeordneten oder Deputierten vorgesehen wurden, die in dem Verwaltungszweig, in

deren Deputation sie gewählt wurden, beruflich tätig sind.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Umweltbetrieb Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „KiTa Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses „Werkstatt Bremen“

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2015 (Drucksache 19/4 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer gemäß Artikel 129 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 105 Absatz 3 Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt gemäß Artikel 129 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 105 Absatz 3 Landesverfassung der Übertragung von Aufgaben der Stadtbürgerschaft auf die städtische Deputation für Bau zu.

(Einstimmig)

Anhebung des Schwellenwertes bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften bezüglich Kapitel 2.6 der Richtlinien zum Verkauf von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus dem Jahr 2008 Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015 (Drucksache 19/6 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 19/6 S, Kenntnis.

Kita-Gebühren für die Streikzeit zeitnah und unbürokratisch zurückzahlen!**Antrag der Fraktion der CDU****vom 14. Juli 2015****(Drucksache 19/7 S)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan, ihr beigeordnet Staatsrat Pietrzok.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau Ahrens (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute über die fast 28 Tage andauernden Streiks in fast allen 80 Einrichtungen von KiTa-Bremen in der Zeit vom 11. Mai bis zum 7. Juni 2015. Noch nie gab es solch einen langen flächendeckenden Streik bei KiTa-Bremen.

Obwohl die Beschäftigten es sicher nicht in diesem Ausmaß beabsichtigt hatten, waren in erster Linie die Eltern mit ihren Kindern betroffen, sie mussten jeden Tag aufs Neue für eine Betreuung ihrer Kinder sorgen. Diese standen die in der Mehrheit auch bisher schon nicht auf der Sonnenseite des Lebens, befinden sich doch mehr als drei Viertel der Einrichtungen von KiTa Bremen in soziokulturell benachteiligten Gebieten. Wir sprechen hier von überdurchschnittlich vielen Alleinerziehenden, von Beziehern von aufstoc-kenden Leistungen, von prekär Beschäftigten, Geringverdienern und vielen anderen Konstellationen, also Menschen, die es ohnehin schon schwer im Leben haben und bei denen eine Kündigung vielleicht auch schneller droht als in akademischen Berufen.

Viele Eltern mussten ihren Jahresurlaub aufbrauchen, denn Notbetreuungsplätze waren mehr als dürrtig. Am Schluss häuften sich die Berichte über Abmahnungs- und Kündigungsandrohungen bei den Eltern, die eigene Sicherung der Existenz ganzer Familien stand auf dem Spiel.

Getroffen hat es nebenbei bemerkt auch die Kinder. Jeden Tag wurden sie hin- und hergeschoben, und selbst diejenigen, die einen Notbetreuungsplatz hatten, mussten größtenteils in fremden Kindergärten ohne Bezugserzieher ihren Alltag verbringen. Auch wenn die Erzieher sich natürlich sehr stark engagiert haben, stellt das für uns keine Gewährleistung echter pädagogischer Qualität dar, diese muss wirklich anders aussehen, meine Damen und Herren!

Für eine bessere Betreuungsqualität habe ich an dieser Stelle ja auch schon oft und sehr lautstark gestritten.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Das stimmt!)

Für uns als CDU-Fraktion ist klar, dass das eine der zentralen Aufgaben ist, die auch in dieser Legislaturperiode ganz oben auf der Agenda stehen muss. Genau deshalb ist uns auch an einer echten Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste gelegen, und ich glaube, dieses Ziel teilen wir als CDU-Fraktion hier mit der Mehrheit im Hause.

(Beifall CDU)

Leider hat der Streik nicht wie beabsichtigt in erster Linie die kommunalen Arbeitgeber getroffen, ganz im Gegenteil! Jede Streikwoche spülte der Finanzsenatorin durch eingesparte Gehälter 700 000 Euro in die Tasche. Im Ganzen konnte sie daher ein Plus von 2,8 Millionen Euro verbuchen. Bezahlt für die nicht erbrachten Leistungen haben aber Eltern und Kinder, und zwar die, die es ohnehin schon schwer im Leben haben, wie ich eben ausgeführt habe. Für die CDU-Fraktion steht fest, dass diese Eltern ihre Kita-Beiträge ohne Wenn und Aber schnell, unbürokratisch und in vollem Umfang zurückbekommen müssen.

(Beifall CDU)

Am 4. Juni 2015 fand eine von der CDU-Fraktion beantragte Sondersitzung der Sozialdeputation statt, um über die Folgen des Streiks unterrichtet zu werden. Damals kündigte Anja Stahmann an, es solle eine Erstattung ab dem elften Streiktag erfolgen, und dann nur auf Antrag. Was, bitte schön, soll diese politische, völlig willkürliche Setzung? Wieso ab dem elften Tag, und warum um alles in der Welt bitte schön nur auf Antrag? Das ist doch unlogisch, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Damit werden doch genau wieder diejenigen in den soziokulturell benachteiligten Stadtteilen getroffen, die wir zur Überwindung der sozialen Spaltung doch so dringend unterstützen müssen. Die bildungsnahen Eltern werden ihre Anträge stellen, bei den anderen Eltern wird das mehrheitlich unterbleiben, sie werden dann auch kein Geld zurückbekommen. Dass das so sein wird, haben uns übrigens die Kita-Leitungen in den Index-Kitas in den soziokulturell benachteiligten Gebieten bestätigt, und, es stimmt nämlich Gott sei Dank nicht, dass diese Eltern alle keine Kindergartenbeiträge zahlen, wie in der Sozialdeputation einmal eben schnell behauptet worden ist. Wir fordern als CDU-Fraktion deshalb eine schnelle und unbürokratische Rückzahlung der Elternbeiträge ohne Antrag und ab dem ersten Streiktag!

(Beifall CDU)

Ich verstehe auch nicht, warum Frau Senatorin Stahmann bis heute noch immer nicht die Rechtsgrundlage vorgelegt hat, die sie angekündigt hatte. Die Verwaltung war über die ganze Zeit hinweg arbeitsfähig, und in der letzten Woche hat sich der Senat konstituiert. Die senatorische Zuständigkeit ist laut Koalitionsvertrag - es soll ja bis Sommer 2016 vollzogen werden - auch noch nicht endgültig geändert, es gibt also keinen Grund, eine entsprechende Vorlage weiter hinauszuzögern. Wir sind ja arbeitsfähig, wir hätten also heute schon eine entsprechende Vorlage haben können.

Inzwischen stehen die Ferien vor der Tür. Viele Eltern haben ihren Urlaub aufgebraucht, und nun werden sie mit zusätzlichen Ferienschlusszeiten konfrontiert, weil die streikenden Erzieherinnen natürlich auch ihren Sommerurlaub nehmen müssen, er steht Ihnen zu, sie sollen ihn haben. Das wird zu zusätzlichen Problemen führen.

Die Verwaltung zieht sich aber lieber auf das Erdenken scheinbar unendlicher Rückzahlungsprozesse zurück, Sie haben es eben auch in der Fragestunde noch einmal gehört -

(Glocke)

ich komme gleich zum Schluss! -, als jungen Familien und von Armut bedrohten Menschen in dieser Stadt wirklich unbürokratisch zu helfen.

Ich fordere Sie deshalb noch einmal auf, den Eltern in dieser Stadt ihr Geld zurückzahlen, und zwar schnell und unbürokratisch! Alles andere ist für mich ein Armutszeugnis des neuen Senats und ein Zeichen dafür, dass echte Veränderungen auch in dieser Legislaturperiode nicht zu erwarten sind. - Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war wirklich nur sehr begrenzt nachzuvollziehen, was Sie da erzählt haben, liebe Frau Kollegin!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Zuruf Abg. Frau Ahrens [CDU])

Ich versuche es einmal ein bisschen im Stakkato, weil ich nicht so sehr die Atmosphäre wahrnehme, dass hier im Hause noch Lust auf ganz lange Debatten herrscht.

Natürlich haben nur zehn Prozent einen Ersatzplatz gehabt. Wenn 100 Prozent einen Ersatzplatz gehabt hätten, dann hätten wir das Streikrecht in der Bundesrepublik Deutschland mit dieser Maßnahme ausgehebelt. Insofern ist doch klar, dass wir nicht für alle einen Ersatzplatz zur Verfügung gestellt haben, das haben aber auch, glaube ich, alle verstanden.

Wir haben gerade festgestellt - der Kollege Tschöpe, die Kollegin Frau Dr. Schaefer und ich -, wir alle haben Kinder bei KiTa Bremen. Bei Ihnen klingt es immer so dramatisch. Wie Sie es dargestellt haben, klingt es nach Nachrichten aus dem Bürgerkrieg oder so ähnlich, so kommt es bei mir immer an. Dabei mussten nur Kinder anders, unkonventioneller untergebracht werden als sonst, sie haben es auch alle überlebt, ich jedenfalls habe noch von keinem Opfer gehört, auch wenn es manchmal schwierig war, aber organisatorisch schwierig!

(Zuruf Abg. Frau Ahrens [CDU])

Es ist keine Menschenrechtsverletzung, wenn man einmal in eine andere Kita kommt, Frau Ahrens! Lassen Sie doch in dieser Debatte einmal die Kirche im Dorf, das ist doch nicht nachzuvollziehen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Wir sind grundsätzlich dafür - die grüne Bürgerchaftsfraktion hat das in der letzten Legislaturperiode auch mehrfach eingefordert und mit der damals zuständigen Senatorin auch gemeinsam verkünde -, dass selbstverständlich ein Teil der Beträge an die Eltern zurückfließen soll. Warum soll das nicht, wie Sie es beantragen, jetzt geschehen?

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Das Kindergartenjahr endet ja irgendwie!)

Ich weiß nicht, ob es Ihnen entgangen ist, weder ist der Streik noch die Tarifaussensetzung beendet. Der Streik ist ausgesetzt, die Tarifaussensetzung läuft, die Gewerkschaften beraten sich bis zum 13. August. Am 13. August treffen sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaften wieder, und dann wird überhaupt entschieden, ob die Schlichtung angenommen wird. Es kann sein, dass das Schlichtungsergebnis nicht angenommen und weiter gestreikt wird. Stellen Sie sich den bürokratischen Aufwand vor, wenn man jetzt eine Teilmenge dieses Geldes zurückzahlen wollte, der Streik dann weiterginge und man noch einmal berechnen müsste! Das, was Sie da beantragen, ergibt doch keinen Sinn! Man muss doch abwarten, bis der Streik offiziell beendet ist und dann - und nicht heute! - darüber befinden, ob und in welcher Form das Geld dann zurück-

kommt, sehr verehrte Frau Ahrens! Das ergibt keinen Sinn!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Die Beiträge werden doch weiter bezahlt! - Zuruf Abg. Frau Ahrens [CDU])

Ja, aber die Berechnung des Betrags, Herr Röwekamp, das müsste selbst Ihnen geläufig sein, kann doch nur dann vorgenommen werden, wenn der Streik insgesamt bewertet werden kann!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und wenn sie nächstes Jahr wieder streiken, dann muss bis dahin gewartet werden, oder was?)

Nein, es ist ja ein Streik, und jetzt stellen Sie sich doch nicht doofer an, als Sie tatsächlich sind - -.

(Unruhe)

Natürlich, es ist doch so, Sie wissen es doch besser!

(Zurufe CDU)

Es ist ein Streik, und am Ende dieses Streiks kann man einen Betrag berechnen, der dann zurückgezahlt werden soll. So viel zum ersten Punkt, warum nicht sofort!

Zum zweiten Punkt, warum nicht ab dem ersten Tag! Stellen Sie sich vor, es fällt einmal für zwei oder drei Tage in einer Kita der Betrieb aus - dafür kann es ja verschiedene Gründe geben, Streik und andere, vielleicht gab es einen Sturm, ein Baum fiel auf ein Dach -, die Kita konnte nicht öffnen und war drei Tage geschlossen!

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das dauert doch länger!)

In so einem Fall müsste man, wenn man eine Regelung hätte, den Beitrag ab dem ersten Tag zurückerstatten, den Betrag ab diesem Tag mühsam ausrechnen, und die Verwaltungskosten wären um ein Vielfaches höher als das, was die Eltern zurückbekämen.

(Zuruf Abg. Frau Ahrens [CDU])

Deswegen die Regelung mit dem elften Tag, und wenn sie sich informiert haben, Frau Ahrens, ist dieser deswegen genommen worden, weil sehr viele Kommunen gesagt haben, es kann immer einmal etwas passieren, dann kann die Kita einmal geschlossen sein, wenn es bis zu zwei Wochen - zweimal fünf Werkzeuge - dauert, dann machen wir das wegen des bürokratischen Aufwands nicht. Wenn es länger dauert - und das ist dann ab der dritten Woche, also der elfte Tag -, dann garantieren wir den Eltern, dass sie das

Geld vollständig zurückbekommen. So wird es auch in Bremen sein, deswegen der elfte Tag, deswegen nicht heute, sondern am Ende dieser Tarifaueinandersetzung, und deswegen lehnt die grüne Fraktion Ihren Antrag ab! - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, Sie haben gerade einen etwas unparlamentarischen Ausdruck in Richtung der CDU-Fraktion gerufen. Ich vermute, das war der späten Stunde, der Wärme und auch sonstigen Dingen geschuldet. Herr Röwekamp hat nicht protestiert, also gehen wir darüber hinweg.

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krümpfer.

Abg. Frau Krümpfer (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Betreuung, Förderung und Bildung von Kindern in der Tagesbetreuung ist auch für die neue rot-grüne Regierung ein großer Schwerpunkt.

Mit dem Streik haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von KiTa-Bremen und bundesweit versucht, eine Aufwertung ihrer qualifizierten Arbeit in Gang zu setzen. Dieser große Wurf ist offensichtlich gesellschaftlich noch nicht gewollt, das zeigt jedenfalls das bisherige Ergebnis der Schlichter in den Tarifverhandlungen. Ich erwarte an dieser Stelle demnächst einfach noch weitere Verbesserungen.

Wie aber bei jedem Streik ist es eben auch so, dass immer für die Betroffenen Nachteile entstehen. Dies war für die vielen Mütter und Väter sicherlich nicht leicht, sie standen mit der Umorganisation der Betreuung vor großen Herausforderungen, aber auch für die Kinder war es eine schwierige Zeit, Freunde nicht treffen, den Schutz der Einrichtungen nicht wahrnehmen zu können, womöglich täglich wechselnde Bezugspersonen zu akzeptieren und vieles mehr.

Nun geht es in Ihrem Antrag darum, dass alle betroffenen Eltern für die 28 Tage ihre Beiträge zurückerstattet erhalten sollen. Herr Dr. Güldner hat es gerade eben schon sehr ausführlich begründet. Dieser Begründung würde ich mich auch anschließen, deswegen werde ich sie nicht wiederholen. Sie wissen aber auch, Frau Ahrens, die Beiträge der Eltern machen nicht einmal zehn Prozent der Gesamtkosten aus, und auch die Zahlungen für das Mittagessen decken bei Weitem nicht die Kosten. Außerdem sind während des Streiks natürlich weitere Ausgaben für den Betrieb von KiTa-Bremen im Rahmen der laufenden Kosten angefallen.

Die Beitragspflicht ist nicht ausgehebelt, nur weil eine Kita vorübergehend geschlossen ist. Wenn dies aus Gründen geschieht, die die Kommune nicht vertreten kann, dann ist es zunächst so zu betrachten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich ein Recht auf ihren Streik haben, und das ist in diesem Fall dann natürlich auch höhere Gewalt.

Andererseits kann man natürlich auch immer sagen, dass Kinder nicht aus der Kita hinausgeworfen werden, deren Eltern ihrer Beitragspflicht nicht nachkommen. In diesen Fällen werden dort lange Gespräche geführt, den Eltern Ratenzahlungen und Ähnliches angeboten, damit das auf keinen Fall passieren kann.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun?)

Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Kinder dann natürlich nicht automatisch aus der Kita hinausgeworfen werden können.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Was hat das jetzt mit der Rückzahlung der Beiträge für die Streikzeit zu tun?)

Ich will doch einfach nur aufführen, welche Möglichkeiten KiTa Bremen natürlich im Ganzen auch immer nutzt, um den Kindern möglichst stets gerecht zu werden. Wenn ein Streik stattfindet, dann kann nun einmal nur eine bestimmte Anzahl von Kindern betreut werden kann. Wenn die GDL streikt, können auch nicht alle Menschen mit der Bahn fahren!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Dann bekommen sie aber ihren Fahrpreis zurück! Das ist doch Quatsch, was Sie da sagen!)

Nein, es ist kein Quatsch, was ich sage! Auf jeden Fall kann der Fahrgast seine Fahrten nicht so nutzen wie geplant. Er ist in seinem Angebot eingeschränkt, und das ist auch hier der Fall.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Vielleicht sollten Sie das noch einmal sortieren, Frau Krümpfer, da wären Sie sicher gut beraten!)

Nein, das muss ich nicht sortieren!

In besonderen wirtschaftlichen Härtefällen haben Eltern natürlich auch die Möglichkeit, dass sie teilweise von ihren Beiträgen befreit werden beziehungsweise dass die Beiträge auch ganz erlassen werden können. Nach der gegenwärtigen Beitragstabelle brauchen Eltern mit einem geringen Einkommen gar keinen Beitrag zu entrichten, das heißt, sie werden nicht benachteiligt.

Der Senat hat im Februar beschlossen, dass zum Kindergartenjahr 2016/2017 eine neue Beitragsordnung in Kraft gesetzt werden soll. An deren Erarbeitung werden Sie, Frau Ahrens, sich sicher ebenso mit beteiligen, denn wir werden sie hier auch beschließen, und dann können Sie auch schauen, ob Ihre Wünsche hierzu mit aufgenommen werden können. Das beziehe ich auf den Zeitraum, der nach Ihrem Antrag in der Beitragsordnung entsprechend verändert werden soll.

Mein persönlicher Wunsch, das muss ich Ihnen sagen, wäre eine kostenfreie Kindertagesbetreuung für alle Kinder in unserem Bundesland. Dies kann jedoch aus meiner Sicht nur einhergehen mit einer Steuererhöhung bei höheren Einkommen, denn nur so wird ein Schuh daraus.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Das wäre schade, denn dann gibt es nichts zurück!)

Ja, nur so wird es gehen, aber Sie wollen keine Reichensteuer! Es wäre jedoch schön, wenn Sie sich auch mit Ihrer Bundestagsfraktion dafür einsetzen würden, denn dann hätten die Länder und Kommunen auch mehr Geld.

Sicherlich ist es auch so, Frau Ahrens, dass Sie sich nach meiner Wahrnehmung hier gern aufzuführen, als wären Sie Robin Hood. Ich finde, Ihre Fraktion verhält sich oftmals wie der Sheriff von Nottingham, so habe ich das jedenfalls in der letzten Legislaturperiode häufig in der Sozialdeputation beobachtet.

(Zuruf Abg. Frau Ahrens [CDU] - Heiterkeit CDU)

Die eingesparten Personalmittel aus dem Streik sollen jetzt zur Qualitätsverbesserung bei KiTa Bremen dienen - dazu hatten Sie eben gar nichts mehr gesagt - und eben nicht, wie Sie es beschreiben, der Deckung der Regelleistungen im Sozialhaushalt, sondern zur finanziellen Hinterlegung der Senatsbeschlüsse zum Ausbau der Tagesbetreuung. Diese Ausbauplanung wollen wir doch alle, damit alle Kinder ihren Rechtsanspruch auf Betreuung, Förderung und Bildung in Anspruch nehmen können.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Auch KiTa Bremen hat bereits Planungsvorschläge unterbreitet, wird somit natürlich auch an der Ausbauplanung beteiligt und wird davon profitieren.

Die SPD lehnt Ihren Antrag ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten von KiTa Bremen und von der Werkstatt Bremen haben in Bremen vier Wochen lang gestreikt. Beim Streik ging es nicht um eine normale Tarifrunde, verhandelt wurde zwischen den Gewerkschaften und den kommunalen Arbeitgebern über die Eingruppierungstabelle der Sozial- und Erziehungsdienste.

Darunter fallen die kommunal Beschäftigten im Bereich der Erziehung, Kinderpflege, Sozialassistenz, Heilerziehungspflege und Sozialpädagogik, es geht um weiblich geprägte Berufsbilder.

Da die Erzieherinnen die größte Gruppe bilden, wurde auch oft vom Kita-Streik gesprochen, sie sind zu 95 Prozent Frauen. Diese qualifizierten Fachkräfte erledigen eine Aufgabe mit extrem hoher Verantwortung und großer gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Ohne sie würde es um die Frauenerwerbstätigkeit wohl noch schlechter stehen, ohne sie würden in vielen Betrieben die Arbeitskräfte fehlen. Soziale und erzieherische Tätigkeiten haben also auch eine große ökonomische Bedeutung, ihr Pech ist nur, dass sie keinen direkten Profit abwerfen.

Die Herstellung sozialer Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit für Eltern, vor allem Alleinerziehende, arbeiten zu gehen, lassen sich schwer in Euro messen.

Deutschlandweit werden täglich über drei Millionen Kinder betreut. In Bremen sind es über 20 000, bei Kita Bremen über 8 000 Kinder. Trotz dieser immensen Leistungen werden Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen im Vergleich zu anderen Fachkräften schlechter bezahlt. Wer Finanzen managt, statt eine Horde Kinder zu betreuen, wer Autos baut oder Bier braut, verdient im Durchschnitt 660 Euro mehr. Das soll diesen Menschen gegönnt sein, aber den Sozialarbeiterinnen eben auch.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Stattdessen geht die Lohnschere zwischen Frauen und Männern weiter auseinander, und im Tarifgefüge sind soziale Tätigkeiten - typische Frauenberufe - nach wie vor unterbewertet. Daher war die Forderung nach mehr Wertschätzung richtig und überfällig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Forderung nach einer Aufwertung der Arbeitsbedingungen ist angesichts eines 2,6-fach

höheren Gesundheitsrisikos bei Erzieherinnen mehr als angemessen.

Nachdem der Verband kommunaler Arbeitgeber der Forderung nach einer flächendeckenden Aufwertung nicht nachgekommen ist, blieb den Beschäftigten nur noch der Arbeitskampf. Vier Wochen Streik bei den Sozial- und Erziehungsdiensten - das hat Frau Kollegin Ahrens schon gesagt - waren in dieser Art und in dem Umfang ein Novum.

Es gab Unterstützung für die Forderung der Sozial- und Erziehungsdienste. Herr Bürgermeister Böhrnsen wurde zum Botschafter der Aufwertungen erklärt. In Bremen gab es ein breites solidarisches Bündnis, an dem sich Betriebsräte, freie Träger, Elternvertretungen, Auszubildende und Gewerkschaften beteiligt haben. Besonders der ZentralElternvertretung möchte ich meine große Anerkennung und meinen Dank für ihre Beteiligung aussprechen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn es ist nicht selbstverständlich, sich für eine richtige Forderung einzusetzen, wenn die Durchsetzung zu eigenen Lasten geht.

Der Streik hat noch einmal in das öffentliche Bewusstsein gerufen, dass die Sozial- und Erziehungsberufe nach wie vor nicht die Anerkennung bekommen, die sie verdienen.

Auch haben sie von den Arbeitgebern nicht die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Sorgearbeit, die die Gesellschaft am Laufen hält, den kommunalen Arbeitgebern mehr wert ist. Das wäre mittelfristig auch im Sinne der Kinder und Eltern gewesen. Die Aufwertung würde nicht nur die Motivation steigern, sondern auch den Fachkräftebedarf langfristig sichern. Nur wenn die Sozial- und Erziehungsberufe, aber auch die Kranken- und Altenpflege attraktiver werden, werden sich langfristig genügend Menschen für diese Tätigkeiten interessieren.

Kurzfristig ging der Streik allerdings vor allem zulasten der Eltern. Vier Wochen Streik bedeuteten eine Menge Organisation, Aufwand und Stress. Familien, vor allem Alleinerziehende, gerieten an ihre Belastungsgrenze, persönlich und in ihren Beschäftigungsverhältnissen. Das ist ebenso nachvollziehbar, wie der Streik begründet war. Trotzdem haben die Eltern weiter ihre Kita-Beiträge bezahlt. Es ist daher richtig, die Gebühren zurückzuzahlen.

Der Senat hat in der Streikzeit 2,8 Millionen Euro an Personalausgaben eingespart und gleichzeitig

Gebühren in Höhe von rund 700 000 Euro von den Eltern eingenommen. Bei dieser Berechnung stütze ich mich auf Mitteilungen der Sozialsenatorin. Diesen Betrag in voller Höhe zurückzuzahlen, ist ein Minimum!

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Der Senat will aber erst Gebühren ab dem elften Streiktag zurückzahlen.

(Glocke)

Das ist völlig unverständlich angesichts der Tatsache, dass selbst bei voller Rückerstattung noch fast zwei Millionen Euro Gehaltsminderungen verbleiben. Sie sollen zur Deckung von Regelausgaben verwendet werden, das halte ich für verkehrt.

Wir hatten daher in der Sondersitzung der Sozialdeputation eine Rückerstattung ab dem ersten Streiktag gefordert.

(Glocke)

Die CDU hat diese Forderung jetzt aufgegriffen.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Nein, wir hatten sie schon vorher! - Unruhe SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Röwekamp [CDU]: Kein Streit! Ich kann Streit nicht leiden! - Heiterkeit CDU)

Wir haben das in der Sozialdeputation beantragt. Nun liegt ein gleichlautender Antrag der CDU in der Bürgerschaft vor. Da er unsere Forderung aus der Sozialdeputation aufgreift, unterstützen wir den Antrag. - Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Kohlrausch.

Abg. Frau Kohlrausch (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als Abgeordnete, die Enkelkinder in Bremer Kindergärten hat, erlebe ich sehr genau, was es für berufstätige Eltern bedeutet, wenn der Betreuungsbedarf nicht gedeckt ist. Ich habe mit vielen Eltern gesprochen, ich habe gehört, dass fast alle Eltern Verständnis für den Streik haben, aber ich weiß auch, was es für Eltern bedeutet, wenn keine Großeltern zur Verfügung stehen, was sie eventuell an zusätzlichen Kosten haben. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, dass diese Kosten den Eltern nicht ab dem ersten Tag erstattet werden, und zwar umgehend und ohne Antragstellung, so wie es in vielen anderen Bundesländern auch üblich ist!

(Beifall FDP, DIE LINKE, BBR)

Die FDP schließt sich dem Antrag der CDU an. - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (BBR): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt einige Nebelkerzen und politische Grundsatzstatements erlebt, aber im Grunde genommen ist ja die Frage nicht, was wir von dem Streik halten oder von der Intention, die zu dem Streik geführt hat, sondern wie wir mit dem Schaden umgehen, der durch den Streik entstanden ist.

Der Streik ist in ein Mittel in einer Auseinandersetzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, er ist kein Mittel in der Auseinandersetzung von Dienstleister und Kunde, und wenn ein Schaden aus einem Streik entsteht - das ist ja die Intention eines Streiks -, dann muss ihn eben der Arbeitgeber tragen, indem er seine Dienstleistung oder sein Produkt nicht verkaufen kann, und letztlich auch die Arbeitnehmervertretung, indem sie Streikgeld bezahlt.

Wer nicht dafür infrage kommt, diesen Schaden zu tragen, ist der Kunde! Wo kämen wir denn hin, wenn jemand ein Flugticket gebucht hätte und es bezahlen müsste, obwohl der Flug gar nicht stattgefunden hat, oder ein bestelltes Produkt, bezahlt werden müsste. Das findet in unserer Gesellschaft nicht statt, und es soll auch nicht stattfinden.

Dass jetzt auf der Arbeitgeberseite sogar noch versucht wird, aus dem Streik einen Gewinn zu ziehen, halte ich für vollkommen abstrus und verantwortungslos gegenüber den Eltern und den Kindern. Deswegen muss selbstverständlich das Entgelt für die nicht erbrachte Leistung vom ersten Tag an - -.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Es ist ja kein Entgelt, es ist eine Gebühr, Herr Schäfer! Das wissen Sie schon, nicht?)

Darüber können wir uns streiten, nennen Sie es Gebühr, Herr Tschöpe, aber Tatsache ist: Sie verweigern sich der Verantwortung, Sie halten sich an Bezeichnungen und Terminologie auf, aber Sie weigern sich, den Schaden als Arbeitgeber selbst zu tragen!

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Sie möchten den Schaden den Eltern und den Kindern anhängen, und das ist nicht in Ordnung! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BBR)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

(Unruhe)

Ich habe Frau Senatorin Dr. Bogedan jetzt aufgerufen. - Bitte, Frau Senatorin, Sie haben das Wort! Es ist ja auch schon alles gesagt.

(Heiterkeit, Beifall)

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß jetzt aber gar nicht, wie ich weitermachen soll, wenn schon alles gesagt worden ist! Auch mit Blick auf die Uhr will ich insbesondere auf einen Aspekt eingehen, der zuletzt noch einmal Gegenstand der Auseinandersetzung war, nämlich auf die Frage: Gibt es ein Gegenleistungsprinzip?

Tatsächlich ist es so, liebe Frau Ahrens, dass die Forderung der CDU nach einer zeitnahen und unbürokratischen Rückzahlung von Elternbeiträgen leider völlig ignoriert, dass die Gebührenordnung überhaupt nicht vorsieht, dass mit der Zahlung von Gebühren ein Gegenleistungsprinzip etabliert wird. Es gibt eben keinen Anspruch auf eine Kinderbetreuung, und Frau Krümpfer hat es eben auch schon ausgeführt, dass in anderen Fällen, in denen - aus welchen Gründen auch immer - auch keine Kinderbetreuung sichergestellt werden kann, auch keine Rückzahlungsansprüche bestehen. Das heißt, was der Senat beschlossen hat, ist lediglich aus Gründen der Billigkeit, das heißt aus Kulanzgründen, eine Rückerstattung der Beträge ab dem elften Streiktag.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erspare mir jetzt Ausführungen dazu, wie ich diesen Streik bewerte, denn es ist tatsächlich eine sehr schwierige Arbeitsauseinandersetzung, ein sehr schwieriger Arbeitskampf, der dort geführt wird und auch noch nicht beendet ist. Wer die Auseinandersetzungen rund um diesen Streik verfolgt hat, weiß, dass der elfte Streiktag allgemein als ein Zeitpunkt angesehen wird, in dem eine besondere Schwere der Auseinandersetzung gilt, die auch für die betroffenen Eltern in deren Betrieben wieder zu besonderen Problemen führt.

Der Senat hat auf Basis dieser Möglichkeit beschlossen, sozusagen billigend diese Beiträge ab dem elften Tag zurückzuerstatten, und die Mittel, die wir beim Eigenbetrieb darüber hinaus durch den Streik eingespart haben, werden wir natürlich dort belassen, wo sie gebraucht werden. Ich

denke, das ist das Interesse aller gewesen, und wenn ich mir die gestrigen Meinungsbekundungen zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anhöre, das Kinderbetreuungsgeld auszusetzen,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

dann haben wir doch hier in diesem Haus eine große Einigkeit, dass wir uns alle einen weiteren Ausbau und eine Stärkung der Kindertagesbetreuung in Bremen wünschen, und dafür werden wir die Mittel einsetzen. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau Ahrens (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wusste, dass ich den Kollegen Dr. Schlenker schmerzlich vermissen würde. Dass mir das allerdings gleich in der ersten Rede passiert, hätte ich ehrlicherweise nicht gedacht.

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir vermissen ihn auch!)

Kann ich verstehen! Er hatte Fachkompetenz, das muss man eindeutig sagen, der neue Sprecher muss daran noch arbeiten.

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Herrn Güldner sind wir aber auch sehr zufrieden, Frau Ahrens!)

Ich will es einmal ganz kurz machen: Sie haben bereits im Armutsausschuss deutlich gezeigt, dass Sie im Bereich Kindergarten, auch wenn Sie eigene Kinder im Kindergarten haben, noch nicht so ganz rechtssicher sind. Sie haben damals gedacht, dass der Rechtsanspruch für U3-Kinder schon mit sechs Stunden erfüllt wäre, ich musste Sie damals eines Besseren belehren,

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sind wir froh, dass wir Sie haben, Frau Ahrens!)

Sie haben es jetzt im Koalitionsvertrag geändert. Ich möchte Sie an der Stelle bitten, sich noch einmal mit dem Thema Bindungstheorie zu befassen, unter Wikipedia gibt es entsprechende Einträge.

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben nicht so, dass man ein Kind einmal eben - je jünger es ist, desto weniger ist es möglich - in einen völlig anderen Kindergarten bringen kann, und man kann auch nicht einmal eben

völlig andere Bezugspersonen und fremde Erzieher nehmen.

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Das hat Auswirkungen auf das Kind, meine Damen und Herren, sie sind wissenschaftlich evaluiert und validiert. Ich empfehle Ihnen klar eine Nachbearbeitung!

Ich sage Ihnen an der Stelle auch ganz deutlich, meine Damen und Herren - -.

(Unruhe Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Präsident Weber: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Sollte das eine neue Idee der Grünen sein, hier Einsparungen vorzunehmen, indem man die im Moment in Bremen praktizierte Eingewöhnung nach dem Berliner Modell irgendwie verkürzt - man kann es ja auch auf zwei Tage begrenzen oder Ähnliches -, dann sage ich Ihnen für die CDU-Fraktion, wir werden mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen angehen, weil das wirklich gegen das Kind geht, weil das gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis geht, und das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich bin dem Vorredner sehr dankbar, dass Sie es so schön auf den Punkt gebracht haben in Bezug auf die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und den armen Kunden, der an der Stelle betroffen ist.

Ich will es einmal auf ein Bremer Beispiel bringen, denn das Beispiel mit dem Flugzeug eben ist bei Ihnen ja nicht so nachhaltig haften geblieben! Was machen wir denn, wenn wir für den hochsubventionierten Bereich der Bremer Bäder Karten herausgegeben haben, dann hinterher diese Karten aber nicht mehr eingelöst werden können? Dann haben wir genau den gleichen Fall - dann erwarten natürlich die Kunden zu Recht ihr Geld zurück -, und genau ein solcher Fall liegt hier vor, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, BBR)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, Frau Senatorin Dr. Bogedan, natürlich ist mir klar, dass es ein entsprechendes Urteil aus dem Jahr 2008 oder 2009 gibt, als der letzte Streik stattfand, wonach es eine freiwillige Leistung der Stadtgemeinde Bremen ist, ob, wann und wie man zurückzahlt. Das habe ich, wenn Sie mir genau zugehört hätten, in meiner Rede auch erwähnt. Ich habe nur

gefragt: Warum diese politische willkürliche Setzung ab dem elften Tag?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch mehr als hinlänglich hier erklärt worden, Frau Ahrens!)

Das haben wir an der Stelle anders gesehen - dieses Recht werden Sie uns zugestehen, denn das sehen ja nicht nur wir so, sondern alle anderen Fraktionen mit Ausnahme der Regierung ebenfalls - und gesagt, wenn ein solcher Schaden entstanden ist, den es in dieser Höhe übrigens erstmalig gibt, dann muss man unbürokratisch diesen Eltern helfen.

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, die Beitragsordnung muss ja sowieso überarbeitet werden, hierüber sind wir uns alle einig, es gibt ein Gerichtsurteil. Die jetzige, derzeit angewendete Beitragsordnung ist eine Krücke, die so ganz verfassungskonform auch nicht ist. Da werden wir auch Schwierigkeiten haben, deswegen wird sie ja überarbeitet, und das muss bis zum 31. Dezember geschehen sein, weil ab dem 1., 5. oder 7. Januar die Anmeldefrist beginnt. Bis dahin, das haben Sie selbst gesagt, muss an der Stelle Rechtssicherheit herrschen. Deswegen kann man dann auch bei der Änderung der Beitragsordnung, auf deren Entwürfe wir übrigens immer noch warten, ganz klar einen entsprechenden Passus aufnehmen.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja eine schöne Staffell!)

Mein lieber Herr Dr. Güldner, auch da gibt es Möglichkeiten, ohne Probleme zu unterscheiden, welche Art von Ausfall denn nun tatsächlich zur Erstattung von Geldern führt. Wenn man dort hineinschreibt, dass die Gebühr nur bei einem Streik erstattet wird, dann wird sie nicht erstattet, wenn er geschlossen werden muss, weil irgendein Baum auf ein Haus fällt oder Magen-Durchfall-Epidemie im Kindergarten ausbricht. Das wird selbst Ihnen - -. Obwohl, ich muss zugeben, die Rechtskenntnisse sind ja in Ihrer Fraktion vielleicht nicht ganz so gut vorhanden - -.

(Unruhe - Widerspruch Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin schwer beeindruckt!)

Wir hatten diverse Beispiele in der letzten Legislaturperiode, bei denen Sie entgegen der Stimmen aller, die Ihnen gesagt haben, dass es nicht funktioniert an der Stelle, zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind, und diese sind jedes Mal vom Gericht einkassiert worden. Deswegen kann ich solche Rechtsauffassungen auch nicht ernst nehmen, denn es muss dem Gesetz

entsprechend auch vernünftig mit dem Thema umgegangen werden.

Eine Sache, die auch in unserem Antrag steht und die ich eben aus zeitlichen Gründen nicht mehr begründen konnte - fünf Minuten sind sehr kurz -,

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Können auch sehr lang sein!)

muss man klarstellen: Die eingesparten Personalmittel wollen wir zur Finanzierung für die zusätzlichen Angebote bei KiTa Bremen verwendet wissen und nicht zur Deckung von Regelaufgaben im Sozialhaushalt. Da sind wir ganz bei der Partei DIE LINKE, die das eben auch noch einmal gesagt hat.

(Abg. Frau Krümpfer [SPD]: Hat keiner behauptet!)

Doch! Es gab entsprechende Überlegungen auch in öffentlichen Sitzungen, deswegen haben wir das hier in den Antrag entsprechend mit aufgenommen, weil die CDU-Fraktion dazu eine andere Auffassung hat.

Abschließend: Bevor wir die Sondersitzung beantragt haben, haben wir eine Pressemitteilung herausgegeben, dass wir vorhaben, einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einzubringen. Zu diesem Zeitpunkt lief nur noch die alte Legislaturperiode, und ich konnte den Antrag de facto also noch nicht stellen.

(Glocke)

Deshalb haben wir zuerst die Sondersitzung beantragt - ich komme zum Schluss! -und dann bei der nächsten Möglichkeit diesen Antrag eingebracht. - Danke schön!

(Beifall CDU - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Tosender Applaus der CDU-Fraktion! - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist auch Kinderkarten!)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (BBR): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich spontan zu Herrn Tschöpes Einlassungen äußern. Sie haben schön dazwischengeredet - wir haben es gehört -, nur kennen Sie leider nicht die Legaldefinition der Abgabenordnung von Steuern und Gebühren. Steuern werden immer ohne Gegenleistungen erhoben, während Gebühren immer konkrete Gegenleistungen gegenüberstehen. Das heißt, wir haben ein Vertragsverhältnis, wofür eine Gebühr im öffentlich-

rechtlichen Sinne gezahlt wird, und ihr steht auch eine Gegenleistung gegenüber. - Vielen Dank!

(Beifall BBR - Zuruf Abg. Tschöpe [SPD] Unruhe - Abg. Tschöpe [SPD]: Ja, das ist so! - Glocke)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht noch einmal gemeldet, um Unterricht zu erteilen, aber ich möchte noch einmal kurz auf die Vorredner eingehen und die Gelegenheit ergreifen, auf die Äußerungen von Frau Senatorin Dr. Bogedan und Herrn Tschöpe einzugehen.

Richtig ist, es ist eine Kulanzleistung, wenn die Gelder zurückgezahlt werden, aber Kulanz kann man auch ab dem ersten Streiktag anwenden. Das machen andere deutsche Kommunen auch, unter anderem Oldenburg, was nicht weit weg von hier. Insofern wäre es durchaus möglich, die Kulanz auch von Anfang an gelten zu lassen, denn wir kommen ja in eine ganz absurde Situation: Wenn die übrig bleibenden zwei Millionen Euro an eingesparten Gehältern für das Personal für Regelausgaben verwendet werden, dann sehnen sich die Arbeitgeber geradezu nach dem nächsten Streik, und das ist, glaube ich, keine Situation, die wir uns herbeiwünschen können. - Danke!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal entschuldige ich mich für alle eventuellen Ausfälle, die in meiner ersten Rede stattfanden. Zweitens habe ich überlegt, warum ich mich eigentlich jedes Mal so aufrege, wenn ich das Gefühl habe, dass hier politisch mit dem Thema Kinder in einer Art und Weise verfahren wird, indem man nicht sagt, man kann mit Kindern auch derart umgehen, wenn sie einmal einen Tag in einer anderen Kita sind - und das alles wohlbegleitet und wohlgeordnet, weil es so üblich ist in Bremen -, dann ist das ein Spaß, dort sind einmal andere Kinder, andere Spiele, so haben wir das zum Beispiel gehandhabt, sondern das immer als einen Schicksalsschlag hinstellt, nachdem man hinterher einen Therapeuten aufsuchen muss.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Darüber - und so ist wohl meine Erregung entstanden - rege ich mich kontinuierlich auf, und darüber werden wir auch eine Auseinanderset-

zung haben in diesem Haus, weil ich es hier eine vollkommen falsche Politik halte, auf dem Rücken von Kindern so zu tun, als ob diese Dinge quasi schon den Weg zum Therapeuten, in die Sucht oder wohin auch immer vorzeichnen würden.

Dann kann man sich natürlich weigern, rein sachlich, wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, um was es sich eigentlich handelt. Es geht hier eben nicht um einen Flug, den man bucht, um ein Auto, das man kauft, um einen Besuch im Schwimmbad, wofür man eine Karte kauft, sondern um eine Beitragsordnung, deswegen müssen wir uns juristisch auch im Feld der Beitragsordnung bewegen. Es sind auch keine Gebühren und keine Steuern, sondern wir haben eine Beitragsordnung, und es gibt im Senat und auch in den Regierungsfraktionen eine Einigkeit darüber, dass diese Beitragsordnung geändert werden soll und die Eltern in Zukunft eine Sicherheit haben, dass der Beitrag ab dem elften Streiktag dann auch - sollte es noch einmal vorkommen - zurückgezahlt wird. Das ist, glaube ich, auch vollkommen recht und billig.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Ahrens?

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen, SPD: Nein! - Heiterkeit)

Präsident Weber: Bitte, Frau Ahrens!

Abg. Frau Ahrens (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich an der Stelle gesagt habe, dass es eben nicht so einfach ist, Kinder zu verschieben, und dass es gerade bei Kindern unter drei Jahren ganz starke Vorgaben gibt, weil das eben doch durchaus Auswirkungen hat - und Eltern von Bauchweh und anderen Problemen berichten, weil die Kinder sich noch nicht entsprechend vollständig artikulieren können, je nach Alter?

(Glocke)

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es dieses Problem tatsächlich gibt?

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich froh bin, dass meine Kinder bei mir aufwachsen, sehr geehrte Frau Ahrens!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Über den Rest haben wir offensichtlich eine pädagogische Auseinandersetzung, die wir wahrscheinlich auch noch fortsetzen werden in diesem Haus.

Also, auch weil das eben von der - wie heißen Sie gerade? - ehemaligen AfD kam: Es hilft gar nichts, spontan unterschiedliche Rechtskreise hier miteinander zu vermischen, sondern die Regierung hat zugesagt, die Beitragsordnung so zu ändern, dass ab dem elften Tag zurückgezahlt werden kann.

Ein letzter Satz noch einmal zu der Frage, warum ab dem elften Tag! Vielleicht können wir uns sogar einigen, den Eltern, zu denen viele von uns ja gehören, wäre doch immer der erste Tag lieber. Wer würde denn aus Sicht der Eltern sagen, dass der elfte Tag besser wäre als der erste, denn ab dem ersten Tag bekäme man mehr Geld zurück, das ist eine vollkommen klare Sichtweise! Aus Sicht einer Verwaltung aber, die das ausrechnen und immens viele Bescheide erteilen muss - wir haben es ja auch gerade bei der Beitragstabelle gesehen, was für ein Verwaltungsaufwand es ist, das auszurechnen -, macht es keinen Sinn, schon bevor die Tarifausschussbesetzung beendet ist, eine Berechnung vorzunehmen, die dann möglicherweise noch einmal verändert werden müsste, wenn es noch ein paar Streiktage geben sollte.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das Kindergartenjahr endet!)

Zweitens macht es auch keinen Sinn zu sagen, wir machen das schon ab dem dritten, vierten oder fünften Streiktag, weil die Beträge so gering wären, dass der Verwaltungsaufwand - -. Sie wollen immer Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung!

(Abg. Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellen Sie sich den Verwaltungsaufwand vor, wenn nach zwei Tagen Streik ausgerechnet werden müsste, was die Eltern zurückbekommen! Vielleicht sind wir uns dann einig, dass dieser elfte Tag, der bundesweit bei den Kommunen, die es überhaupt machen, Standard ist - ganz viele andere Kommunen zahlen gar nichts zurück, Bremen ist extrem kulant in dieser Frage und zahlt zurück! -, für eine Verwaltung, die das alles ausrechnen und zurückzahlen muss, eine sinnvolle Regelung darstellt.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Grüne Mengenlehre!)

Das, finde ich, könnte doch ein vernünftiger Konsens und ein Friedensschluss mit der Opposition sein, uns darauf zu einigen, dass Bremen einen

sehr guten Schritt auf die Eltern zugegangen ist. -
Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen Nummer 19/7 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE, FDP, BBR)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Urlaubszeit! Kommen Sie gesund wieder, damit wir nach der Sommerpause parlamentarisch weiter streiten können!

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.52 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.